

Das sage ich Ihnen. Denn wenn Sie es wirklich ganz ernst genommen hätten, hätten Sie diesen Gesetzesentwurf, der nun - weiß Gott - nicht so viel Arbeit macht, denn man hat ja nur die Zahlen von 220 auf 270 in den einzelnen Paragraphen, also um immer 50 €, erhöht, bereits mit Einbringung des Landeshaushalts 2010

(Beifall DIE LINKE)

hier als Begleitgesetz vorlegen können. So viel Arbeit, Frau Künast - und da müssen Sie nicht abwinken -, hat das, denke ich, nicht gemacht.

Ein zweiter Punkt: Herr Gumprecht sagte vorhin hier, man müsse an die Zukunft des Landes denken. Ja, man muss an die Zukunft des Landes denken. Ich denke schon, dass blinde und sehbehinderte Menschen nicht die Zukunft des Landes Thüringen aufs Spiel setzen wollen. Im Gegenteil, das einkommensunabhängige Landesblindengeld nehmen sie doch nicht und legen es auf die hohe Kante, sondern es wird investiert, investiert in Leistungen, die meine Vorrednerinnen hier bereits genannt haben, in Assistenzleistungen, in Ausgaben, in Güter, die benötigt werden und die Investitionen fließen dann in den Kreislauf zurück. Ich denke schon, es ist auch Zukunftsgeld, wenn wir hier vom Landesblindengeld sprechen.

Sie haben vorhin, meine sehr geehrten Damen und Herren, immer von drei Säulen gesprochen, einmal das einkommensunabhängige Landesblindengeld, dann die Stiftung und die Blindenhilfe nach § 72 SGB XII. Lassen Sie mich noch eines dazu sagen: Wer sich die Zahlen angeschaut hat, auch die Zahlen in der Antwort auf eine Kleine Anfrage der Abgeordneten Siegesmund von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, konnte genau lesen und auch in den zurückliegenden Jahren die Statistik vergleichen: Nur ca. 1.200 betroffene blinde und hochgradig sehbehinderte Menschen hatten überhaupt Anspruch auf das einkommensabhängige Blindengeld, das heißt, sie mussten sich vorher mit ihrer Vermögenslage - auf deutsch gesagt - nackig machen und wer mehr als 2.500 € auf dem Konto hat, hat überhaupt keinen Anspruch mehr. Wir müssen einfach mal zur Kenntnis nehmen, dass genau das ein Punkt ist, den ganz viele blinde und sehbehinderte Menschen gar nicht auf sich genommen haben. Danke schön.

(Beifall DIE LINKE)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Es gibt eine weitere Wortmeldung. Für die CDU-Fraktion der Abgeordnete Günther.

Abgeordneter Günther, CDU:

Vielen Dank, Frau Präsidentin. Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Debatte, glaube ich, geht ein Stück weit in die falsche Richtung, auch wenn sie fast am Ende ist. Ich will gern noch einmal das Wort von Ihnen aufgreifen, Frau Rothe-Beinlich, den Verbandstag des Deutschen Blinden- und Sehbehindertenverbandes heute in Berlin. Ich bin dankbar, dass Sie das angesprochen haben. Und ich denke, wenn wir heute über die Erhöhung des Blindengeldes reden, sollten wir einen Schritt weitergehen. Genau das haben Sie angesprochen und da bin ich gern dabei. Wir sollten nicht nur das Blindengeld an sich sehen, sondern wir sollten generell eine Botschaft aus diesem Raum senden an die Benachteiligten, die da heißt: Nicht das Blindengeld allein ist maßgeblich, sondern im Vordergrund für Benachteiligte muss stehen, Integration und Inklusion. Ich denke, dann sind wir auf einem guten Weg. Lieber Herr Kollege Koppe von der FDP, da kann ich nicht verstehen, wenn hier gesagt wird, dass es offensichtlich eine der letzten Wohltaten ist, die wir hier verteilen. Wir verteilen auch bei knappen Kassen an Benachteiligte keine Wohltaten. Wir kommen der Verpflichtung der Gesellschaft nach. Das werden wir auch machen, wenn die Kasse noch knapper ist. Da bin ich wieder bei Integration und Inklusion. Wir haben genügend Programme, die wir nur nutzen müssen. Das hat Kollege Gumprecht vorhin gesagt, dass wir das in die Betriebe hinaustragen müssen, dass auch die Unternehmer vor Ort wissen, wie sie Unterstützung von den Kassen und von Politik bekommen, wenn sie benachteiligte Menschen, Sehbehinderte beschäftigen, die im Übrigen ihre Grundausstattung von den Kassen finanziert bekommen. Das hat nichts damit zu tun, dass ein ständiger Nachteilsausgleich auch da sein muss. Aber den Betrieben wird geholfen. Das kann man sich anschauen. Wir müssen dafür werben, dass diese Menschen Arbeitsplätze bekommen. Deswegen die Botschaft, da bin ich gern bei Ihnen, Frau Astrid Rothe-Beinlich, nach Berlin. Dass wir nicht nur um das Blindengeld streiten, sondern in vorderster Linie für Integration und Inklusion für benachteiligte Menschen auch in Zeiten knapper Kassen.

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Mir liegen jetzt keine weiteren Wortmeldungen vor. Ich kann damit die Aussprache schließen. Ausschussüberweisung ist beantragt worden an den Ausschuss für Soziales, Familie und Gesundheit. Wer dieser Ausschussüberweisung zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. Danke schön. Das ist, glaube ich, einstimmig. Ich frage einmal, gibt es Gegenstimmen? Nein. Stimmenthaltungen? Nein.